Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Amtsblatt für die Königl. Amtshauptmannschaft Flöha, das Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Frankenberg

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Roßberg sen. in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag von T. O. Roßberg in Frankenberg i. Sa.

Erscheint an jedem Werktag abends für den folgenden Tag; 3mal in der Woche mit der Beilage „Frankenberger Erzähler". Bezugspreis vierteljährlich 2 ℳ 70 ₰, monatlich 90 ₰. Trägerlohn besonders. — Einzelnummern laufenden Monats 5 ₰, früherer Monate 10 ₰. **Bestellungen** werden in unserer Geschäftsstelle, von den Boten und Ausgabestellen in Stadt und Land, sowie von allen Postanstalten Deutschlands und Oesterreichs angenommen. **Im Falle höherer Gewalt** (Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Schadenersatz.

Ankündigungen: Größere Anzeigen sind bis 8 Uhr vorm., kleinere bis spätestens 10 Uhr des Ausgabetages aufzugeben. **Für Aufnahme von Anzeigen** an bestimmten Tagen und Plätzen kann keine Gewähr übernommen werden. Aufgabe durch Fernsprecher schließt unsere Verantwortung für richtigen Abdruck aus. **Sonderbeilagen** nach besonderer in der Geschäftsstelle aufliegender Liste. **Fernsprecher 51. Telegramme:** Tageblatt Frankenbergsachsen. **Postscheck-Konto:** Leipzig 28201.

Anzeigenpreis: Die 45 mm breite einspaltige Petitzeile 25 ₰, im amtlichen Teile die Zeile 75 ₰; Eingesandt und Reklamen in der Redaktionsstelle 60 ₰. Für Ankündigungen aus dem Amtsbezirk Frankenberg betragen die entsprechenden Preise 20, 60 und 50 ₰. Kleine Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Nachweis und Vermittlung 25 ₰ Sondergebühr. Für schwierige Satzarten und bei Platzvorschriften Aufschlag, für Wiederholungsabdruck Ermäßigung nach feststehender Staffel. Rabattsätze und Netto-Preise haben nur Gültigkeit bei Barzahlung binnen 30 Tagen. Klagegegenstand, gerichtliche Einziehung, sowie gemeinsame Anzeigen verschiedener Auftraggeber bedingen Berechnung des vollen Zeilenpreises.

№ 154 — **Freitag, den 5. Juli 1918** — **77. Jahrgang**

Tageblatt-Bestellungen nehmen unsere Ausgabestellen, Stadt- und Landboten, sowie Postanstalten entgegen.

Wintergerste.

Mit Rücksicht darauf, daß auch hier nunmehr die Ernte der **Wintergerste** vor der Tür steht, wird auf Grund von § 5 Absatz 3 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 vom 29. Mai 1918 — R.-G.-Bl. S. 435 — folgendes bestimmt:

1.

Die geerntete Wintergerste ist mit größter Beschleunigung auszudreschen. Der Ausdrusch ist möglichst vom Felde weg vorzunehmen. Die Körner sind **mit Ausnahme** des vom Erzeuger benötigten Saatgutes **jedoch einschließlich** der Mengen, die den landwirtschaftlichen Betriebsunternehmern nach den noch zu erlassenden Vorschriften zum Selbstverbrauch in der eigenen Wirtschaft (zur Ernährung der Selbstversorger und zur Fütterung des im Betriebe gehaltenen Viehes) zustehen werden, durch die bekannten Getreideaufkäufer an den unterzeichneten Kommunalverband abzuliefern.

2.

Die den landwirtschaftlichen Betriebsunternehmern nach den einschlägigen, zur Zeit noch nicht feststehenden Vorschriften zum Selbstverbrauch in der eigenen Wirtschaft zustehende Gerste wird, soweit sie später nicht aus selbstgebauter **Sommergerste** entnommen werden kann, seinerzeit auf Antrag in Natur zurückgeliefert, und zwar zu dem Höchstpreise, der zur Zeit der Rücklieferung gilt.

3.

Zuwiderhandlungen werden nach §§ 80 und 81 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 vom 29. Mai 1918 bestraft.

Flöha, den 1. Juli 1918.

Der Kommunalverband der Königlichen Amtshauptmannschaft Flöha.

Es ist **Räude** festgestellt worden im **Pferdebestande** des Gutsbesitzers **Br. Donner** in **Merzdorf.**

Erloschen ist die **Räude** unter dem **Pferdebestande** des Wirtschaftsbesitzers **Ernst Ulbricht** in **Neudörfchen** und in dem zum Rittergut Niederlichtenau gehörigen **Beigut Nr. 2** in **Ortelsdorf.**

Flöha, am 1. Juli 1918. **Die Königliche Amtshauptmannschaft.**

Verkauf von Margarine

bei sämtlichen Händlern:

Freitag, den 5. d. M., von nachm. 5 Uhr ab gegen **Lebensmittelmarke Nr. 131** je **40 Gramm** zum Preise von **2 Mark das Pfund.**

Stadtrat Frankenberg, den 4. Juli 1918.

Verkauf von Honig oder Marmelade

bei sämtlichen Händlern:

Sonnabend, den 6. d. M., gegen **Lebensmittelmarke Nr. 132** je **250 Gramm Honig oder Marmelade.**

Preis: Für **Honig 75 Pfg.,** für **Marmelade 92 Pfg. das Pfund.**

Stadtrat Frankenberg, den 4. Juli 1918.

Verkauf von Kirschen

bei **Kerber** an die Bewohner des **4. Brotkartenbezirkes** gegen **Lebensmittelmarke Nr. 126** je **½ Pfund** zum Preise von **70 Pfg. das Pfund.** — — **Fleischausweis** ist vorzulegen.

Stadtrat Frankenberg, den 4. Juli 1918.

Das amerikanische Geschäft.

Schein und Wahrheit

Präsident Wilson benutzt den 4. Juli, den nordamerikanischen Nationaltag, dazu, um der Welt wieder seine Vorlesungen über Völkerfreiheit und Zukunftsideale zu halten, die selbst die Ententevölker schon mühsam über sich ergehen lassen, und die nun von Lloyd George und Clemenceau als Mittel zum Zweck benützt werden. Wilsons Reden müssen die Kriegsziele der Entente bestätigen, damit gegen diese kein Vorwurf erhoben werden kann. Denn Wilson schickt seine „Millionen" Soldaten, die die Hoffnung Frankreichs, Englands und Italiens für den Sieg darstellen. Der Präsident der nordamerikanischen Union berauscht sich am Eitelkeitserfolg seiner Reden, er kommt sich als Schiedsrichter der Welt vor. Aber während er zu schieben glaubt, wird er von seiner eigenen Einbildung und einiger Nachhilfe aus Europa geschoben. Oder glaubt wirklich jemand, daß es Lloyd George in London nicht sehr angenehm ist, dem Amerikaner Wilson die Verantwortung für die politischen Dinge zuschieben zu können, wie dem Franzosen Foch für die militärischen Angelegenheiten? Etwas hat der englische Diktator doch schon aus den Verlusten seines Landes gelernt.

In den Beziehungen Amerikas zur Entente ist viel Schein, die Wahrheit steht auf einem anderen Blatt. Gesagt wird, daß Amerika mit seinen Verbündeten die Welt „befreien" und daß es zu diesem Zwecke Riesenarmeen nach Europa senden will. In der Befreiungsfürsorge Wilsons steht augenblicklich Rußland obenan, das sich nach Ruhe sehnt und von seinen früheren Verbündeten nichts mehr wissen will. In Wahrheit denkt die amerikanische Politik, für die der Krieg nur ein großes Geschäft ist, vor allem daran, wie sie ihren Warenabsatz nach allen Seiten hin ausdehnen kann. Seufzend hat es sich der bedrängte englische Kaufmann gefallen lassen müssen, daß ihm der nordamerikanische Konkurrent die Kunden wegnimmt. Auch der Regierung in London ist das natürlich nicht gleichgültig, aber was will sie machen? Sie muß schweigen, um das amerikanische Vorspann vor dem Siegeswagen nicht zu verlieren.

Vor den großen deutschen Erfolgen in unserer Frühjahrsoffensive war die Kritik der amerikanischen Truppen in Frankreich aus London und Paris ziemlich scharf. Es wurde auf die nicht genügende Zahl und auf die ungenügende Ausbildung der Wilsonschen Regimenter hingewiesen. Dann folgten die schweren Verluste der Engländer und Franzosen und daraus die Notwendigkeit, die amerikanische Hilfe mehr als zuvor in Rechnung zu stellen. Da die Hilferufe nach Washington und Newyork so laut wurden, mußten natürlich die Kritiken sich bescheiden. Und so ist es kein Wunder, daß sich die Yankees militärisch ebenso sehr zu fühlen begonnen haben, wie politisch. Mit sechs- und siebenstelligen Ziffern für Truppennachschübe aus Amerika nach Europa wird nur so um sich geworfen, aber den äußeren Schein auf den darin steckenden Wahrheitskern zu prüfen, fällt niemandem ein. Und noch weniger wird daran gedacht, die Grundlage für die Möglichkeit solcher amerikanischer Teilnahme am Feldzuge klarzustellen.

Das soll der Zukunft, nach dem Siege, angehören und hier wird die Wahrheit am meisten enttäuschen. Amerika will weder umsonst geholfen, noch umsonst befreit haben. Nach der drüben bisher beliebten Rechnung soll Deutschland die Kriegskosten bezahlen. Wenn Deutschland aber, wie wir rechnen, oben bleibt, dann wird Washington seinen Freunden die Wechsel zur Einlösung unterbreiten. Und es wird noch extra seine Ellenbogen gebrauchen, um sich seinen Geschäftsverdienst in der ganzen Welt zu sichern. Denn es wird bedeutend konkurrenzfähiger sein als England und Frankreich, da es deren Verluste nicht erlitten hat. Den nordamerikanischen Großspekulanten wäre es vielleicht ganz angenehm, den Krieg noch lange hinauszuziehen, aber ob das die amerikanischen Verlustlisten, d. h. die Volksstimmung, gestatten, ist etwas anderes. Auch hier stehen Schein und Wahrheit einander schroff gegenüber.

Die Entente bangt

Oberst Egli sagt in den „Basler Nachrichten" zur allgemeinen Lage:

Wenn man auf die politischen und militärischen Ereignisse der letzten Monate zurückblickt, so erkennt man, daß die deutsche Regierung allemal vor jeder großen militärischen Unternehmung auf irgendeine Weise ein Angebot zum Verhandeln gemacht hat. Jetzt hat Kühlmann gesprochen. Die englischen amtlichen Kreise haben bereits durch die Reuter-Agentur ablehnend geantwortet, wiederum hat die deutsche Oberste Heeresleitung freie Bahn und wenn nicht alles täuscht, ist sie auch zur Wiederaufnahme der Offensive bereit. Allerdings sind die Alliierten der Ansicht, daß sie einem neuen Vorstoß der Deutschen ganz anders als bisher entgegentreten werden. Aus den der Oeffentlichkeit zugängigen Aeußerungen aus amtlichen und nichtamtlichen Kreisen spricht außerordentliche Sicherheit und Siegeszuversicht, wie sie aber auch schon früher in allen Kampfpausen vorhanden war. Alle Einzelvorstöße und örtliche Angriffe der Alliierten im Westen und in Italien ändern nichts an der Tatsache, daß trotz der zur Schau getragenen Sicherheit doch alle Alliierten vor der Fortsetzung der deutschen Offensive bangen und alle wissen, daß, je länger die Vorbereitung dauert, um so kraftvoller die Handlung sein wird.

Bulgarische Wünsche

Der neue bulgarische Finanzminister Liaptschew sagte über die Ziele der neuen Regierung:

Wie das bisherige liberale Kabinett erstrebt auch das demokratische die Vereinigung aller Bulgaren in einem erweiterten selbständigen Vaterlande. Serbisch- und Griechisch-Macedonien, Morawien, die Dobrudscha und Thrazien sollen ungekürzt und kompensationslos mit dem Mutterlande verbunden sein. Fänden wir in diesem nationalen Streben das Verständnis und die Unterstützung unserer Verbündeten, dann wird die neue bulgarische Regierung mit ihnen das bis jetzt so glänzend vollbrachte schwere Werk bis zum letzten ruhmreichen Ende durchführen.

Es finden sich in der bulgarischen Presse seit einiger Zeit Stimmen, die heftig gegen den Staatssekretär Kühlmann polemisieren, weil er sich für einen bulgarisch-türkischen Ausgleich verwandt hat. Die Bulgaren sollen den Türken eine Vorstadt von Adrianopel, die sie ihnen beim letzten Balkanfrieden abgenommen haben, zurückgeben. Bis jetzt wollen sie davon nichts wissen und sind zu Unrecht verärgert über die deutschen Vermittlungsversuche.

Deutscher Reichstag

Berlin, 3. Juli.

Auf der Tagesordnung steht die 3. Lesung des Haushaltplanes in Verbindung mit der 2. Lesung des Friedensvertrages mit Rumänien. Abg. Scheidemann (Soz.): Gegen einzelne Punkte des Friedensvertrages haben wir Bedenken, so gegen die Dobrudschafrage. Unsere endgültige Stellungnahme behalten wir uns vor. Hinsichtlich des Schutzes offener Städte hinter der Kampffront gegen Fliegerangriffe muß die deutsche Regierung die Initiative ergreifen. England stellt die Leichen der bei Fliegerangriffen Getöteten aus, um die Kriegsstimmung zu heben, bei uns darf nichts über solche Vorkommnisse veröffentlicht werden. Welchen Sinn soll dies wahnsinnige Frauen- und Kindermorden haben? Munitionsfabriken oder wichtige Bahnknotenpunkte sind bei uns noch nicht getroffen worden. Wird die deutsche Regierung mit ihrer Anregung von den Feinden abgewiesen, dann haben wir wenigstens einen moralischen Erfolg. Die Auffassung, welche Staatssekretär von Kühlmann ausgesprochen hat, wird von allen ehemaligen Reichskanzlern, Staatssekretären und Diplomaten geteilt, wenn sie es auch nicht sagen. Der wahre Weltfrieden kann nicht durch das Schwert erreicht werden. Das ist nur möglich durch die Umbildung der Geister, die politische Tat. Wir wünschen eine Regierung, die auf ihrem Gebiet wie die Heeresleitung auf dem ihrigen es versteht, ihre Gegner zu besiegen.

Abg. Ledebour (U. Soz.): Wir lehnen den rumänischen Friedensvertrag ab. Die russische Sowjet-Regierung unterstützen wir. Wenn deutsche Truppen gebraucht werden sollten, um sozialistische Einrichtungen in Rußland zu stürzen, hätten wir die verfluchte Pflicht, die deutschen Proletarier zur Revolution aufzurufen.

Präsident Fehrenbach ruft den Abg. Ledebour zur Ordnung.

Vizekanzler von Payer: Ich habe angesichts des Ordnungsrufes den letzten Worten des Abg. Ledebour gegenüber nichts zu antworten. Der Abg. Scheidemann hat, wenn ich recht gehört habe, erklärt, gegen den Etat stimmen zu wollen. Diese Demonstration werden wir ertragen müssen, praktische Folgen hat sie natürlich nicht. Der Sache des Vaterlandes, des Volkes und der Freiheit hat er damit nicht genützt. Die Forderung des Abgeordneten Scheidemann nach einem ehrenvollen Frieden ohne Beeinträchtigung Deutschlands bei den Friedensbedingungen können wir ohne weiteres unterschreiben, wir sind über diese Formulierung sogar noch hinausgegangen. (Zuruf: Rußland!) Wir kommen nicht zum Frieden, bevor nicht der Wille Englands, uns zu vernichten, gebrochen ist. Die Differenzierung der Obersten Heeresleitung hätte nicht ausgesprochen werden sollen. (Lachen.) Diese Schilderung ist falsch und bekundet auch ein geringes Maß von Dankbarkeit gegenüber der Obersten Heeresleitung. Kritisiert man sie auch, so darf doch nicht vergessen werden, was sie für Deutschland geleistet hat. (Bravo.) Wo sind die Ereignisse, welche bekunden, daß die Zivilgewalt kapitulierte vor der Obersten Heeresleitung? Der Rat des Abg. Scheidemann, daß wir uns baldigst zurückziehen möchten, war unangebracht. Zum Vergnügen sitzen wir nicht hier, wir dienen dem Vaterlande in seiner schwersten Zeit. (Bravo!) Sollen wir über den Kopf der Obersten Heeresleitung Politik treiben? Wir haben sehr wohl ein Herz für die Nöte des Volkes, für die leiblichen, wie auch für die geistigen. Gewisse Beschränkungen der persönlichen Freiheit muß sich jeder gefallen lassen. Es ist richtig, es steht außerordentlich viel auf dem Spiel. Härten werden beseitigt, Besserungen sind schon eingetreten, wir kommen allmählich in erträglichere Verhältnisse hinein. Man würde besser tun, wenn man ab und zu auch an die Opferwilligkeit der Bevölkerung appellierte. Wir sollten uns nicht auseinanderringen, sondern wir sollten zusammenarbeiten. (Sehr richtig!) Wir bitten um Ihre Unterstützung in unserem Kampf bis zum Siege, bis wir zum Frieden gekommen sind. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Graf Westarp (kons.): England allein hat Schuld, wenn unser Volk Not und Entbehrung tragen muß. Wir führen immer noch einen Verteidigungskrieg. Wir verteidigen unser Dasein, wie auch unsere Zukunft. Was uns dem Frieden näher gebracht hat, ist nicht die Politik der Sozialdemokratie und der Friedensangebote, sondern lediglich der militärische Erfolg. (Bravo!) Nur der Sieg zu Lande und zur See kann England und die übrige Welt zur Friedensbereitschaft zwingen. Die Regierung darf nicht angesehen werden als Vollzugsausschuß des Parlamentes und besonders

SLUB
Wir führen Wissen.